
Aus für Jobcenter kostet Kassel Millionen

Kassel. Die gemeinsamen Jobcenter von Arbeitsagentur und Kommunen oder Kreisen stehen vor dem Aus. Die neue Bundesregierung muss die Aufgaben wieder wie früher trennen. Das kostet allein in Kassel fast vier Millionen Euro und bedeutet für Hartz-IV-Empfänger wieder längere Wege von Amt zu Amt.

Die CDU im Bundestag hat eine Grundgesetzänderung abgelehnt. Diese hätte ermöglicht, dass die Jobcenter weiterarbeiten können. Jetzt muss die Betreuung der Hartz-IV-Empfänger bis Ende 2010 verwaltungstechnisch neu organisiert werden, weil das Bundesverfassungsgericht beanstandet hatte, dass die kommunale Eigenständigkeit durch die Mischverwaltung nicht mehr gewahrt sei.

Mit großem Aufwand waren Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe 2005 zusammengelegt worden. Jetzt steht auch die damals entstandene Arbeitsförderung Kassel vor dem Aus. "Allein in Kassel drohen Mehrkosten von 3,8 Millionen Euro", warnt Stadtkämmerer und Sozialdezernent Dr. Jürgen Barthel (SPD). Die im schwarz-gelben Koalitionsvertrag festgehaltene "getrennte Aufgabenwahrnehmung" sieht er als Rückschritt. Inzwischen gut eingespielte Strukturen und ein "Erfolgsmodell" würden zerschlagen. Langzeitarbeitslose, Mitarbeiter der Jobcenter und nicht zuletzt die Steuerzahler hätten "nur Nachteile zu erwarten".

Die Kasseler FDP-Bundestagsabgeordnete Mechthild Dyckmans erklärt, dass laut Koalitionsvereinbarung die Bundesagentur für Arbeit die Aufgabe bekommen soll, den Kommunen eine freiwillige Zusammenarbeit "auf Augenhöhe" anzubieten. Das würde eine Weiterarbeit wie bisher ermöglichen und sei dann auch verfassungsrechtlich unbedenklich, weil die kommunale Selbstverwaltung dann künftig gewahrt bleibe. "Wir wollen nicht, dass die Betroffenen wieder in zwei verschiedene Ämter laufen müssen", sagt Dyckmans.

Von Jörg Steinbach